

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **UWG: Kostenlose Stellenanzeigen im Online-Portal eines Landkreises**
Urteil vom 26.09.2024, Az: I ZR 142/23
2. **EGBGB, ZGB: Kündigung eines DDR-Altmietvertrages wegen Eigenbedarfs**
Urteil vom 13.11.2024, Az: VIII ZR 15/23
3. **EGBGB: Verwendung von „ggf.“ in Widerrufsinformation**
Beschluss vom 21.01.2025, Az: XI ZR 560/20
4. **StromNEV: Rechtmäßige Festlegung des Eigenkapitalzinssatzes**
Beschluss vom 17.12.2024, Az: EnVR 79/23

Urteile und Beschlüsse:

1. **UWG: Kostenlose Stellenanzeigen im Online-Portal eines Landkreises**
Urteil vom 26.09.2024, Az: I ZR 142/23
 - a) Bei der Beurteilung, ob eine geschäftliche Handlung der öffentlichen Hand vorliegt, ist im Interesse eines funktionierenden Wettbewerbs zu berücksichtigen, dass die öffentliche Hand im Gegensatz zu privaten Unternehmen nicht auf die Erzielung von Gewinnen angewiesen ist und Verluste durch Steuern, Abgaben oder Beiträge decken kann. Geschäftliche Handlungen der öffentlichen Hand weisen aus diesem Grund nicht zwingend einen Unternehmensbezug im Sinne einer auf den entgeltlichen Absatz von Waren oder Dienstleistungen gerichteten Beteiligung am wirtschaftlichen Verkehr auf.
 - b) Wird allein das Angebot kostenloser Stellenanzeigen im Online-Portal eines Landkreises und nicht ein redaktioneller Teil als Verstoß gegen die Marktverhaltensregelung der Staatsferne der Presse beanstandet, ist nur dieses Angebot in den Blick zu nehmen, da nur dieser wirtschaftliche Aspekt in Rede steht, der ebenfalls von der Pressefreiheit umfasst wird, die sich auf den Anzeigenteil erstreckt. Das Angebot kostenloser Stellenanzeigen birgt die Gefahr existenzieller Schäden für die Presse, weil Unternehmen nicht mehr in der Tageszeitung oder deren Online-Ausgabe, sondern bei der Kommune beziehungsweise dem Landkreis inserieren.
2. **EGBGB, ZGB: Kündigung eines DDR-Altmietvertrages wegen Eigenbedarfs**
Urteil vom 13.11.2024, Az: VIII ZR 15/23
Ein auf unbestimmte Zeit geschlossener DDR-Altmietvertrag über Wohnraum, der hinsichtlich einer Beendigung des Mietverhältnisses auf die Vorschriften des Zivilgesetzbuchs der Deutschen Demokratischen Republik (§§ 120 ff. ZGB) Bezug nimmt, kann seitens des Vermieters gegen den Willen des Mieters wegen Eigenbedarfs seit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bun-

desrepublik Deutschland nach Maßgabe des Art. 232 § 2 EGBGB nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§ 564b Abs. 2 Nr. 2 BGB aF; § 573 Abs. 2 Nr. 2 BGB) gekündigt werden.

3. EGBGB: Verwendung von „ggf.“ in Widerrufsinformation

Beschluss vom 21.01.2025, Az: XI ZR 560/20

Bei einem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag kann sich der Darlehensgeber nicht auf die Gesetzlichkeitsfiktion des Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB berufen, wenn er in der Widerrufsinformation die Angabe von weiteren verbundenen Verträgen mit dem Zusatz "ggf." versieht. Dieser Fehler hindert allerdings das Anlaufen der Widerrufsfrist nicht (Fortführung von Senatsurteil vom 15. Oktober 2024 - XI ZR 39/24 ,WM 2024, 2186).

4. StromNEV: Rechtmäßige Festlegung des Eigenkapitalzinssatzes

Beschluss vom 17.12.2024, Az: EnVR 79/23

a) Die Bundesnetzagentur hat den Eigenkapitalzinssatz zur Bestimmung der Erlösobergrenze für die Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen für die vierte Regulierungsperiode rechtsfehlerfrei festgelegt (Bestätigung von BGH, Beschlüsse vom 9. Juli 2019 - EnVR 52/18,RdE 2019, 456- Eigenkapitalzinssatz II; vom 3. März 2020 - EnVR 26/18,RdE 2020, 319- Eigenkapitalzinssatz III).

b) Für die Rechtmäßigkeit der Festlegung über den Eigenkapitalzinssatz kommt es auf die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt ihres Erlasses an.